Postdemokratie und Liberalismus: Eine neue Perspektive

Kommentar zu „Plurale Perspektiven auf die Postdemokratie"

Daniel Schulz[*]

Zerstört die zeitgenössische Demokratie ihre eigenen Grundlagen? Im Anschluss an Jacques Rancière und Wendy Brown legen Dagmar Comtesse und Katrin Meyer der liberalen Demokratie ihre postdemokratische Selbstaushöhlung zur Last. Mit Rancière begreifen sie die Postdemokratie als konsensuelle, am Gemeinwohl orientierte Demokratie des Liberalismus, die durch Verrechtlichung, Expertokratie und medialen Populismus jegliche politische Auseinandersetzung im Namen der Gleichheit verhindere. Im Namen der Demokratie zerstöre daher die Demokratie sich selbst. Brown zufolge hat die liberale Demokratie durch „die Subjektivierungsform des Neoliberalismus" (Comtesse/Meyer 2011: 70) Bürgerinnen und Bürger hervorgebracht, deren Freiheitsverständnis sich auf die freie Wahl reduziere, die aber darüber hinaus kein Interesse mehr an der „Mitgestaltung der Subjektivierung der Bürgerschaft" (ebd.) haben.

Nun ist diese These einer Selbstgefährdung liberaler Demokratien zunächst so neu nicht. Die klassischen Studien zu diesem Thema sind dabei zumeist schon von liberalen Autoren selbst verfasst worden: Bei Benjamin Constant, John-Stuart Mill und Alexis de Tocqueville geht die Selbstgefährdung nicht nur von der Tyrannei der Mehrheit, also dem demokratischen Element, aus. Auch die liberalen Elemente können ein Potential der Selbstgefährdung entfalten: Vereinzelung, Privatisierung und drohender Verlust des öffentlichen Raumes sind allesamt Teil einer selbstkritischen Diagnose, welche die interessengeleitete Wirtschaftsgesellschaft in einer spannungsreichen Ordnungssynthese mit der bürgerlichen Zivilgesellschaft verhaftet sieht. Selbst an den Wurzeln des modernden Liberalismus hatte die schottische Moralphilosophie bei Adam Smith und Adam Ferguson die Bedrohung der soziomoralischen Ressourcen eines freien Gemeinwesens diskutiert.

Noch in der Zeit vor der Globalisierungskrise des Nationalstaates und der deregulierten Ökonomie liegt diese Argumentation schließlich in zwei prominenten Ausführungen vor: eine eher konservativ-liberale und eine eher radikaldemokratische. Erstere ist für den demokratischen Verfassungsstaat von Ernst-Wolfgang Böckenförde entfaltet worden: Liberale politische Ordnungen leben von Voraussetzungen, welche der Staat selbst nicht hervorbringen oder garantieren kann. Im Zeichen seiner Liberalität bleiben die soziomoralischen Legitimitätsbedingungen dem staatlichen Zugriff entzogen – eine liberal-demo-

* Dr. phil. Daniel Schulz, Technische Universität Dresden
Kontakt: Daniel.Schulz@tu-dresden.de

Daniel Schulz: Postdemokratie und Liberalismus: Eine neue Perspektive?, ZPTh Jg. 2, Heft 1/2011, S. 76–80

kratische Gesinnung kann also nicht erzwungen werden, wenngleich diese totalitäre Versuchung das Damoklesschwert moderner Gemeinwesen darstellt (vgl. Böckenförde 1992).

Die andere – und für die Genealogie der poststrukturalistischen und postmarxistischen Diskussion ungleich wichtigere – Variante geht auf die marxistische Demokratiediskussion zurück und ist in einem weiteren Sinne Teil jener republikanischen Deutungstradition, die seit dem Umbruch der amerikanischen und der französischen Revolution als hegemoniales Paradigma weitgehend vom Liberalismus verdrängt wurde, die aber gleichwohl als kritisches Korrektiv immer noch einen Teil des begrifflichen Interpretationsrahmens demokratischer Ordnungen bildet (vgl. Pocock 1975; Skinner 1998). Marx hatte seinen Demokratiebegriff in seiner Darstellung der Pariser Kommune auf die nicht entfremdete Einheit des politischen Subjekts mit sich selbst aufgebaut und folgte damit Rousseau und der republikanisch-jakobinischen Tradition: Nur die direkte Teilhabe am Politischen kann jenen Entfremdungstendenzen entgehen, die in der parlamentarisch-liberalen Repräsentationsdemokratie immer schon reproduziert wurden. Diese Diagnose sollte in der bundesrepublikanischen Demokratiedebatte der sechziger Jahre von den radikalen Kritikerinnen und Kritikern der parlamentarischen Demokratie aufgegriffen werden (am prominentesten bei Bruckner/Agnoli 1968). Aber auch der frühe Habermas hatte noch in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts seine Diagnose einer spätkapitalistischen Legitimationskrise auf der Differenz von formaler und materialer Demokratie errichtet: Krisen der staatlich-administrativen Selbstlegitimation über formalistisch-instrumentelle Verfahrensrationalität können so nur durch materiale, lebensweltlich verwurzelte und kommunikativ verfasste Teilhabepraxis überwunden werden (vgl. Habermas 1973). Claus Offe sollte dies als „Strukturprobleme des kapitalistischen Staates“ (Offe 1972) beschreiben: Die staatlich-administrativ inszenierte Scheinpartizipation müsse durch eine außerstaatliche, bürgergesellschaftliche Partizipation abgelöst oder mindestens erweitert werden, um materiale statt bloß formale Legitimität zu erzeugen.

Auch die amerikanische Debatte kennt den Topos seit langem: Thematisiert wurde die liberale Gefährdung demokratischer Ordnung in der Debatte zwischen Liberalen und Kommunitaristen. Benjamin Barber hatte neben vielen anderen im Namen der Demokratie das Primat der Interessenorientierung für die Auszehrung der soziomoralischen Tugendressourcen des amerikanischen Gemeinwesens verantwortlich gemacht (Barber 2000). Demokratie bleibt auf tugendhafte Bürgerinnen und Bürger angewiesen, und diese prekäre Form des Gemeinsinns generiert sich nur in der politischen Partizipation selbst. Betroffen ist also bereits das begriffliche Selbstverständnis, aus dem wir unsere Beschreibungen und aber auch unsere Handlungsanleitungen der politischen Ordnung beziehen. Das liberale Selbstbild der Demokratie führt in dieser Perspektive so zu einer gefährlichen Auszehrung des Gemeinwesens, das aus den liberalen – das heißt interessengeleiteten, nutzenmaximierenden und tendenziell privatistischen – Handlungsanweisungen seine eigene soziale Kohäsion nicht mehr regenerieren kann. Diese Linie der republikanischen Kritik von Rousseau über Marx bis zu einigen Spielarten des Kommunitarismus und der radikalen Demokratie macht also das liberale Element der Repräsentation für den Verfall der echten republikanischen Selbstgesetzgebung verantwortlich – bereits Rousseau konnte deshalb in repräsentativ verfassten parlamentarischen Gemeinwesen wie England nur einen Sklavenstaat erblicken. Liegen also auch im modernen demokratischen Verfassungsstaat die Bürgerinnen und Bürger in den Ketten, die ihnen der Kapitalismus und die politischen Eliten des repräsentativen Institutionengefüges aufgezwungen haben?

In der Tat neigt die liberale Demokratie zu einer starken Beanspruchung ihrer soziomoralischen Grundlagen. Dies gilt umso mehr im Kontext einer global entfesselten Ökonomie, die mit der von ihr induzierten Handlungslogik genau jene Voraussetzungen politischer Autonomie anzugreifen scheint, auf die das demokratische Gemeinwesen angewiesen ist. Auch wenn der Liberalismus im Vertrauen auf die integrierende Kraft guter Institutionen – allen voran die gewaltenteilige Verfassung, aber auch ein institutionell gehegter Markt – glaubte, auf den Gemeinsinn und die Tugend seiner Bürgerinnen und Bürger verzichten zu können und auch mit einem Volk von Teufeln eine freie Ordnung auf Dauer zu stabilisieren, so wurde doch in der liberalen Selbstreflexion die Notwendigkeit einer gemeinsinnigen Grundlage politischen Handelns nie ganz verdrängt. Tocqueville hatte so gezeigt, dass die amerikanische Demokratie von zwei gegenläufigen Bewegungen geprägt ist: Es ist richtig, dass zum einen traditionelle Bindungen und soziale Strukturen durch die egalisierenden und individualisierenden Wirkungen der Demokratie aufgelöst werden. An diese Egalisierungstendenz haben viele Gegenwartssoziologinnen und -soziologen ihre pessimistische Diagnose angelehnt, mit der die Postdemokratiethese soziologisch grundgelegt wird: David Riesman (1961), Gilles Lipovetsky (1983), Louis Dumont (1983) bis hin zu Robert D. Putnam (2000) und Sheldon Wolin (2001; 2010). Zum anderen aber hatte Tocqueville darauf verwiesen, dass in der liberalen Demokratie permanent neue Bindungen entstehen, die vielleicht volatiler gestaltet sind, aber ebenso integrativ wirken. Gerade die direkten Formen der Teilhabe, die kommunale Demokratie und die zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüsse bilden jene Räume der politischen Sozialisation, in denen die gemeinsinnigen Bindungen neu geknüpft werden und die motivationalen Ressourcen der Bürgergesellschaft regeneriert werden.

Soweit also die kritische Selbstreflexion der liberalen Demokratie. Was aber genau trägt nun die postmarxistische und poststrukturalistische Perspektive auf die Postdemokratie zur demokratischen Krisendiagnose bei? Hier scheinen einige Fragen gerechtfertigt, die auf die Liberalismuskritik dieses Ansatzes zielen. Im Anschluss an Rancière fokussieren Comtesse und Meyer das Problem der Postdemokratie in erster Linie auf die Fragen der Gleichheit und ihrer Unmöglichkeit im Rahmen institutionell verfestigter Exklusion. Wie aber steht es in dieser Perspektive um die Freiheit? Zwar wird durchaus berechtigt die neoliberale Reduktion von Freiheit auf Wahlfreiheit kritisiert – ein Freiheitsbegriff, der die ungehinderte Realisierung von individuellen Präferenzen über die politische Genese gesellschaftlicher Präferenzordnungen stellt. Der postmarxistische Blick auf die Postdemokratie will aber damit zugleich die „Inanspruchnahme eines idealistischen Freiheitsbegriffs aufgeben“ (Comtesse/Meyer 2011: 70). Welcher Freiheitsbegriff nun an die Stelle des „idealistisch“ genannten tritt, bleibt hier verborgen (vgl. dazu im Anschluss an Brown aber Wöhl 2011). Ganz im Einklang mit der emanzipatorischen Stoßrichtung der postmarxistischen Position ließe sich der Kampf um die gleiche demokratische Teilhabe aber auch als das verstehen, was er im liberalen Modell zumeist immer schon war: nämlich Kampf um gleiche Freiheit – eine Freiheit, die allein deshalb schon nicht als bloß „formal“ disqualifiziert werden kann, weil sie sich im politischen Konflikt um ihre Durchsetzung bereits historisch konkret realisiert. Mit der Ausblendung der Freiheitsthematik aus der postmarxistischen/poststrukturellen Perspektive wird so aber möglicherweise ein normativ einseitiger und analytisch unterkomplexer Demokratiebegriff in Kauf genommen. Wie kann – abgesehen von einer vagen Präferenz Rancières für die demokratische Artikulation durch Präsenz auf der Straße – die politische Aushandlung von gesell-

schaftlichen Leitideen jenseits spontaner Eruptionen des Politischen auf Dauer gestellt werden? Welchen Status haben in einer solchen an Gleichheit orientierten radikalen Demokratie die individuellen Rechte? Und wie kann beispielsweise aus dieser Perspektive das aus der empirischen Demokratieforschung bekannte Phänomen erklärt werden, nach dem direkte Formen der politischen Partizipation eine hohen sozialen Exklusionsfaktor besitzen, weil sie niedrige soziale Schichten noch stärker von der Politik distanzieren als konventionelle Formen der politischen Teilhabe (vgl. Merkel/Petring 2011; Brömme/Strasser 2001; optimistischer dagegen Klatt/Walter 2011)?

Neben der analytischen Hauptthese – die liberale Demokratie höhlt sich unmerklich selbst zur Postdemokratie aus – hat nun auch die normative Perspektive eine weitaus geringere Distanz zur liberalen Tradition, als die Argumentation es ersichtlich macht. So ist es weder ideengeschichtlich noch zeitdiagnostisch zutreffend, dass „die mögliche Mitgestaltung der Subjektivierung der Bürgerschaft aus dem Freiheitsverständnis des Liberalismus herausfällt“ (Comtesse/Meyer 2011: 70). Von Kant, Condorcet über Tocqueville und Mill waren die „Subjektivierungsmächte“ – allen voran in Form der individuellen und gleichen Bildung – immer Grundlage von Autonomie und Teilhabe, auch wenn es gleichwohl eine paternalistische Tradition der „Souveränität der Vernunft“ (F. Guizot) durchaus gegeben hat. Die Forderung nach einem verstärkten „Einfluss auf die Subjektivierungsmächte“ hingegen, die im Anschluss an Brown erhoben wird, scheint nun trotz aller Differenzbekenntnisse des Postmarxismus nach wie vor von jener Identitätsfiktion zu zehren, nach der mit einer möglichst gleichen Machtausübung aller durch die Macht Betroffenen auch alle Probleme des Machtmissbrauchs bewältigt wären. Wäre es also nicht vielmehr geboten, gerade in Hinsicht auf die „Subjektivierungsinstanzen“ die pluralitätsgenerierenden Gegenmächte zu stärken, anstatt vom vergesellschaftenden Zugriff auf die Subjektgenese einen demokratisch-egalitären Mehrwert zu erwarten?

Die liberale Demokratie lebt vom Respekt einer Grenze: Sie zehrt in der Tat von der Bekenntnis ihrer Bürgerinnen und Bürger zur demokratischen Ordnung, kann aber über dieses Bekenntnis selbst nicht verfügen. Sie kann nur Verhältnisse schaffen, die eine solche soziokulturelle Verankerung der Demokratie wahrscheinlich werden lassen. Dies ist das wahre Paradox des demokratischen Verfassungsstaats: Einerseits bedarf er für die Ausübung der politischen Rechte eines gewissen Grades an demokratischer Identität, andererseits darf er diese Identifizierung nicht selbst gegen die liberalen Abwehrrechte mobilisieren. Die Frage, an die uns die Diskussion um die Postdemokratie gemahnt, lautet also nicht nur, wie viel Gleichheit die Demokratie benötigt, sondern auch: Wie viel Gleichgültigkeit gegenüber dem demokratischen Projekt erträgt der moderne demokratische Verfassungsstaat? Und was kann gegen ein Übermaß an Gleichgültigkeit unternommen werden, ohne die liberalen Grenzziehungen einzureißen, die einen unmittelbaren mobilisierenden Zugriff auf die Subjektivität der Bürgerin bzw. des Bürgers verhindern? Die radikale Antwort lautete stets: Politische Aktivierung und Produktion von Präsenz in einer repräsentativ entfremdeten Welt, bis hin zur Romantisierung des revolutionären Ausnahmezustandes. Die liberale Antwort lautete stets: aufklärende (politische) Bildung und Ermündigung zur Urteilsfähigkeit. Auch in der Krise der Demokratie sollten wir die beiden Traditionen nicht gegeneinander ausspielen.

Literatur

Barber, Benjamin, 2000: Starke Demokratie. Über Teilhabe am Politischen, Berlin.

Böckenförde, Ernst-Wolfgang, 1992: Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation. In: Ders., Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte, 2. Auflage, Frankfurt (Main), 92–114.

Brömme, Norbert / Strasser, Hermann, 2001: Gespaltene Bürgergesellschaft? Die ungleichen Folgen des Strukturwandels von Engagement und Partizipation. In: APuZ 39, 6–14.

Brückner, Peter / Agnoli, Johannes, 1968: Die Transformation der Demokratie, Frankfurt (Main).

Dumont, Louis, 1983: Essais sur l'individualisme. Une perspective anthropologique sur l'idéologie moderne, Paris.

Habermas, Jürgen, 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt (Main).

Klatt, Johanna / Walter, Franz, 2011: Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement, Bielefeld.

Lipovetsky, Gilles, 1983: L'ère du vide. Essais sur l'individualisme contemporain, Paris.

Merkel, Wolfgang / Petring, Alexander, 2011: Partizipation und Inklusion. In: Friedrich Ebert Stiftung (Hg.), Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich Ebert Stiftung, Demokratie Deutschland 2011, Berlin; http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Partizipation_und_Inklusion.pdf, 21.07.11.

Offe, Claus, 1972: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt (Main).

Pocock, John G. A., 1975: The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and the Atlantic Tradition, Princeton.

Putnam, Robert D., 2000: Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community, New York.

Riesman, David, 1961: The Lonely Crowd. A Study of the Changing American Character, New Haven.

Skinner, Quentin, 1998: Liberty before Liberalism, Cambridge.

Wöhl, Stefanie, 2011: Die politische Rationalität des Neoliberalismus – eine demokratietheoretische Betrachtung im Anschluss an Wendy Brown. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 40, 37–48.

Wolin, Sheldon, 2001: Tocqueville between two Worlds. The Making of a Political and Theoretical Life, Princeton.

Wolin, Sheldon, 2010: Democracy incorporated. Managed Democracy and the Specter of Inverted Totalitarianism, Princeton.